

Plädoyer für neue Formen des kirchlichen Dienstes

Herbsttreffen „Wir sind Kirche“ in Speyer beschäftigte sich mit dem Stillstand in der Ökumene

Parallel zu Kirchenkrise und Mitgliederschwund ist auch die Ökumene ins Hintertreffen geraten. Anlass für die Diözesanbewegung „Wir sind Kirche“, ihr Herbsttreffen am 7. November in Speyer unter die Überschrift „Wie können wir den Stillstand in der Ökumene überwinden?“ zu stellen. Als Referent zum Thema war Urs Baumann, emeritierter Professor für Ökumenische Theologie an der Universität Tübingen, geladen. Der gebürtige Schweizer ging der Frage ebenso kritisch wie konstruktiv auf den Grund.

Im Mittelpunkt des Treffens stand, was sich Dr. Rudolf Walter vom Sprecherteam in seiner Begrüßungsrede erhofft hatte: „Eine intensive Auseinandersetzung mit der zwischenkirchlichen Bewegung, die von der Reformangst der Institutionen ausgebremst wird“. Dem wolle die Kirchen-Volks-Bewegung entgegenwirken, „denn Ökumene ist uns ein Herzensanliegen.“

Seine Generation habe große Hoffnung in die Ökumene gesetzt, schloss sich Professor em. Dr. Urs Baumann an, warte aber bis heute vergebens auf eine entsprechende Umsetzung. Deshalb sei kein freundlicher Vortrag zu erwarten, auch angesichts dessen, „was jüngst bei der Bischofssynode herausgekommen ist.“ Die katholische Kirche stecke tief in der Krise, „weil eine Spaltung besteht zwischen der Amtskirche, die nicht den geringsten Fortschritt zulässt, und dem Reformkatholizismus, der immer mehr zur Laienbewegung wird“. Alle Pro-

bleme stünden im Kontext mit der Krise des Christentums überhaupt. „Die Menschen wandern ab, weil sie statt neuer Antworten auf existenzielle Fragen nur einen Abklatsch des Mittelalters bekommen. Es ist nicht allein eine Krise der Formen, Symbole und Werte, sondern auch der Grundlagen. Wenn Gotteserfahrung und Gottesbild verschwimmen, wie kann es dann zu einer engen Bindung kommen?“ Deshalb reiche es nicht, sich ein anderes Image zuzulegen, vielmehr sei eine neue, ökumenische Sprache gefragt.

Zwar habe die Basisökumene bereits viel Gemeinsames angestoßen, vertraue aber nicht mehr auf den Reformwillen der Kirchenleitungen, zumal „ein Hang zu unreflektiertem Konservatismus in jungen Kreisen des Klerus“ ebenso zu

Verdruss führe wie die einseitige Loyalität der Bischöfe mit Rom, so Baumann. „Kirche soll so sein, dass sie sich von unten nach oben versteht und nicht umgekehrt.“ Außerdem sei jede Gemeinde Kirche im vollen und eigentlichen Sinn und habe daher das Recht auf einen eigenen Pfarrer. Da dieser Anspruch nicht mehr erfüllt werde, stehe es den Gemeinden zu, zur Selbsthilfe zu greifen. Und im Sinne einer Notverordnung sowohl die autonome Zuständigkeit für Kirchensteuer und -gut zu fordern, als auch Menschen aus ihrer Mitte für die Eucharistie zu berufen.

Der Lackmestest der Ökumene sei die eucharistische Gastfreundschaft, konstatierte Baumann weiterhin, die jedoch von der Amtskirche hintertrieben

werde. Und auch die von der evangelischen Kirche erfundene Rekonfessionalisierung, die dazu aufrufe, erst das eigene Profil zu schärfen, bevor Ökumene möglich werde, sei lediglich ein Axiom für die große Entfremdung. Statt in die innere Emigration zu gehen, sei es an der Zeit, sich für die Reform und Anerkennung neuer Formen des kirchlichen Dienstes stark zu machen. Denn „Kirche ist da, wo Menschen ihren Glauben in Gemeinschaft leben und nicht dort, wo kommandiert wird. Und Christentum ist eine Bewegung, keine Institution.“ Die Übereinstimmung der beiden Konfessionen im Evangelium sei so groß, dass Unterschiede nicht trennen dürften.

Darin waren sich auch die Teilnehmer des Treffens einig. „Ökumene sollte heute eine Selbstverständlichkeit sein. Schließlich handelt es sich um eine gemeinsame Präsentation des Christentums nach außen hin.“ Verschiebe sich die Kirche weiterhin den Zeichen der Zeit und dem Appell der Basis, sehe man sich künftig nicht mehr verpflichtet, ihr zu folgen. Auch die bislang bekannten Ergebnisse der Familiensynode sorgten für Verstimmung. „Keine Würdigung von Homosexuellen, nichts Neues zum Thema Familienplanung und im Umgang mit wiederverheiratet Geschiedenen. Alles nur faule Kompromisse und vorbei an der gesellschaftlichen Realität.“ Wolle Kirche barmherzig sein, müsse sie den Menschen beistehen. Dazu gehöre auch, das Scheitern einer Ehe zu begleiten, anstatt zu bestrafen. *friju*



Rainer Schanne (links) und Rudolf Walter (rechts), beide vom Sprecherteam, mit Referent Professor Dr. Urs Baumann (Mitte).

Foto: Jung

Geordnete und rasche Asylverfahren notwendig

Neustadt: Julia Klöckner nimmt im Herz-Jesu-Kloster zur Flüchtlings- und Asylpolitik Stellung

Neustadt. Es ist noch nicht lange her, da forderte der damalige Erzbischof von Köln unumwunden, man müsse bei der Union das Wort „christlich“ aus dem Parteinamen streichen, da christliche Werte dort aufgegeben worden seien. Julia Klöckner, Landes- und Fraktionsvorsitzende der CDU in Rheinland-Pfalz, referierte am 7. November im Neustadter Herz-Jesu-Kloster über diese Frage am Beispiel der aktuellen Flüchtlings- und Asylpolitik. Der Leiter des Exerzitien- und Bildungshauses, Dr. Christoph Götz, der mit der Referentin seit Jahrzehnten befreundet ist, hatte diese Veranstaltung organisiert. Gekommen waren über hundert Besucher, überwiegend ältere CDU-Mitglieder, die ihre Landesvorsitzende einmal live erleben wollten, was angesichts der bevorstehenden Landtagswahl nicht verwunderte.

Julia Klöckner stellte sich im Herz-Jesu-Kloster auch kritischen Anfragen der Zuhörer.



Foto: Wittkamp/Privat

Frau Klöckner setzte sich durchaus kritisch mit dem sogar aus eigenen Reihen zu hörenden Vorwurf auseinander, die CDU habe zu viele konservative, eben auch christliche Werte „über Bord geworfen“. Die Referentin spannte hier den Bogen auch zu anderen ethisch bedeutsamen Themen wie etwa Sterbehilfe, Embryonenschutz oder Schwangerschaftsberatung. Konkret zur Flüchtlingsfrage erinnerte die 43-Jährige an das Wort aus dem Neuen Testament:

„Ich war fremd, und ihr habt mich aufgenommen“, aber auch an die kritische Aussage von Papst Franziskus: „Wir haben uns an das Leid des Nächsten gewöhnt.“

Die Anfrage, die immer wieder an Mitglieder der CDU gerichtet würde, verschwieg die Politikerin nicht: „Wie können Sie für Abschiebungen sein, wenn Sie sich doch zum Christentum bekennen?“ Den Anwesenden rief die Rednerin die riesige Willkommenskultur ins Gedächtnis, die nicht nur in der Bevölkerung – über alle Religionsgrenzen hinweg – zu spüren sei, sondern die auch die Politik aktiv unterstütze. Wichtig war Julia Klöckner bei ihrem Vortrag, nicht bei der selbstverständlich humanitär gestalteten Erstaufnahme der Flüchtlinge stehen zu bleiben, sondern den Blick auf die Integration der Fremden zu richten. Dabei sei entscheidend, Strukturen zu schaffen, die ein geord-

netes und rasches Asylverfahren genauso möglich machten wie eben auch „Rückführungen“, damit Platz geschaffen werden könne für diejenigen, die ein echtes Bleiberecht hätten. „Wir müssen unterscheiden zwischen verfolgten Flüchtlingen und Wirtschaftsflüchtlingen.“

Diese Aussage Klöckners war Anlass für Nachfragen aus dem Plenum, wie sich die CDU für die Bekämpfung von Fluchtursachen einsetzt. Hier sieht die Fraktionschefin drei Ebenen: Geldmittel an das Flüchtlingshilfswerk der Vereinten Nationen ausweiten, direkte Gespräche mit der Türkei inklusive Geldtransfers dorthin sowie hierzulande klare Regelungen schaffen. Mit diesen Maßnahmen könne erreicht werden, dass die Menschen in den Auffanglagern an den Grenzen zu Europa weniger Anreize sähen, sich weiter Richtung Norden auf den Weg zu machen. *FJW*